



**An die
Mitglieder
des Ausschusses für Mobilität**

**Fachbereich Klimaschutz,
Nachhaltigkeit, Umwelt und
Mobilität**

Bereich 35
Am Ochsenmarkt 1

Auskunft erteilt
Herr Hagmaier

Telefon

309 – 3599

Email

Bastian.Hagmaier@stadt.lueneburg.de

Mein Zeichen

Datum

12.11.2024

PROTOKOLL

Anliegend erhalten Sie das Protokoll zur nachstehenden Sitzung:

▼ Gremium	▼ Sitzung vom:
Ausschuss für Mobilität	10.09.2024
▼ Sitzungsort	▼ Tatsächliche Sitzungsdauer
Ritterakademie, Am Graalwall 12, 21335 Lüneburg	16:03 - 19:07 Uhr

Den Öffentlichkeitsstatus der Sitzung entnehmen Sie bitte der beigefügten Tagesordnung.

Vorsitzende

Dezernent

Protokollführerin

Redenius

Moßmann

Richter



ANWESENHEITSLISTE

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Frau Pia Redenius

Mitglieder des Gremiums

Frau Carmen Maria Bendorf

Herr Ulrich Blanck

Herr Thomas Dißelmeyer

Vertretung für: Herrn Jörg Kohlstedt

Herr Keno Freund

Herr Burghard Heerbeck

bis 18:30 Uhr

Frau Andrea Kabasci

Herr Martin Lühmann

Herr Jens-Peter Schultz

Grundmandat

Herr Dirk Neumann

Herr Frank Soldan

bis 18:30 Uhr

Beratende Mitglieder

Frau Josephine Beckfeld , AStA

Herr Dr. Claus Jahnke

Vertretung für: Herrn Ulrich Mädge , Oberbürgermeister a.D.

Herr Timo Kniestädt , ver.di

Herr Jonas Korn , VCD

Frau Daniela Laudan , Behindertenbeirat

Vertretung für: Herrn Peter Pabst , Behindertenbeirat

Herr Heiko Meyer - Lüneburg City Management

Vertretung für: Herrn Cornelius Schnabel

Herr Tobias Siewert , IHK

Herr Uwe Wenk , ADFC

Verwaltung

Herr Markus Moßmann Erster Stadtrat

Herr Bastian Hagmaier BL 35

Herr Jürgen Kipke FBL 3b

Herr Dennis Lauterschlag BL 32

Frau Lara Brandt

Protokollführung

Frau Jasmin Richter B 35

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

- 1** **Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2** **Feststellung der Tagesordnung**
- 3** **Genehmigung des Protokolls vom 05.06.2024**
- 4** **Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil**
- 5** **Einwohnendenfragen**
- 6** **Mündlicher Sachstandsbericht zu den innerstädtischen Baumaßnahmen Wallstraße und Rote Straße sowie zum Angebot des Shuttles zwischen Bahnhof und Am Sande**
- 7** **Fortschritt bei der Umsetzung von Rotmarkierungen an Kreuzungen
Vorlage: VO/11425/24**
- 8** **Zusammenfassung der Ergebnisse des Bürgerrates zur gemeinsamen Verkehrswende in Stadt und Land des Bundesministeriums für Bildung und Forschung
Vorlage: VO/11426/24**
- 9** **Umsetzung der Maßnahmenvorschläge des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplans (NUMP)
Vorlage: VO/11412/24**
- 10** **Antrag "Verbesserung der Verkehrssituation in der Salzstraße" (Antrag des VCD und des Behindertenbeirates vom 17.08.2024, eingegangen 17.08.2024)
Vorlage: VO/11430/24**
- 11** **Anfrage "Optimierung des Radverkehrsflusses Im Bereich Jägerstraße /Am Grasweg /Sültenweg /Bögelstraße" (Anfrage AStA vom 26.08.2024, eingegangen 27.08.2024)
Vorlage: VO/11440/24**
- 12** **Anfrage "Einrichtung von sicheren Fahrradabstellanlagen im Stadtgebiet" (Anfrage des VCD vom 26.08.2024, eingegangen am 27.08.2024)
Vorlage: VO/11445/24**
- 13** **Antrag "Abschaffung der Bettelampeln" (Antrag des VCD vom 26.08.2024, eingegangen 27.08.2024)
Vorlage: VO/11444/24**
- 14** **Anfragen im öffentlichen Teil**

PROTOKOLL:

Öffentlicher Teil

zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende Redenius begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Der Ausschuss für Mobilität fasst einstimmig folgenden Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 3 Genehmigung des Protokolls vom 05.06.2024

Beschluss:

Der *Ausschuss für Mobilität* fasst einstimmig folgenden Beschluss: Das Protokoll vom 05.06.2024 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 3

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Erster Stadtrat Moßmann begrüßt die Anwesenden.

Herr Lauterschlag, Leitung des Bereiches 32 – Ordnung und Verkehr –, gibt einen kurzen Überblick über die jüngst beschlossenen Änderungen der StVO. Da diese noch nicht im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurden, sind die Änderungen noch nicht in Kraft getreten.

Nachtrag zum Protokoll: Eine kurze Übersicht über die relevanten Änderungen wurden nachträglich im Ratsinformationssystem ergänzt.

Herr Kipke, Leitung des Fachbereiches 3b – Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Umwelt und Mobilität –, berichtet über den aktuellen Sachstand der Mobilitätszentrale. Seine Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folien 7-8).

zu 5 Einwohnendenfragen

Es werden keine Einwohnendenfragen gestellt.

zu 6 Mündlicher Sachstandsbericht zu den innerstädtischen Baumaßnahmen Wallstraße und Rote Straße sowie zum Angebot des Shuttles zwischen Bahnhof und Am Sande

Erster Stadtrat Moßmann berichtet zu den innerstädtischen Baumaßnahmen sowie zum Shuttle-Verkehr zwischen Bahnhof und Am Sande. Seine Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folien 10-12).

Aufgrund der Verzögerung der Baustellenfertigstellung in der Roten Straße werden die Einschränkungen im ÖPNV länger andauern als geplant. Hier ist die Stadt in kontinuierlichen Gesprächen mit dem Landkreis als Aufgabenträger und der KVG und natürlich mit der Avacon als Vorhabenträger.

Ratsherr Schultz fragt, ob eine Fertigstellung der Baustelle rechtzeitig vor der Weihnachtszeit garantiert werden könne.

Erster Stadtrat Moßmann antwortet, dass eine noch längere Verzögerung als aktuell bekannt schwer hinzunehmen sei. Die Stadt kommuniziere gegenüber der Avacon deutlich das städtische Interesse an einer raschen Fertigstellung der Baumaßnahme. Er weist auch noch einmal darauf hin, dass Busse erst einige Tage nach der Beendigung der Baumaßnahmen wieder durch die Rote Straße fahren können, da sich das Pflaster zunächst setzen müsse. Eine sofortige Befahrung hätte mit hoher Wahrscheinlichkeit Straßenschäden zur Folge.

Ratsherr Blanck möchte wissen, ob es Hinweise auf Umsatzeinbußen gebe und ob die Baumaßnahmen Auswirkungen auf die Zahlen der Besuchenden Am Sande gehabt hätten.

Erster Stadtrat Moßmann stellt eine mögliche geringere Frequenz Am Sande während der Baumaßnahmen nicht in Abrede. Die Stadt habe hierzu Aussagen verschiedener Geschäftsinhabern und deswegen bei der Baustellenplanung und in der Folgezeit zu Recht gegenüber den an den Baustellen Beteiligten zu jeder Zeit auf den vereinbarten Zeitplan gedrungen.

Ratsherr Lühmann meint, dass der Shuttle schwer zu finden gewesen sei.

Herr Hagmaier, Leitung des Bereiches 35 – Mobilität –, legt dar, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der KVG bei der Ausschilderung innerhalb der ersten zwei Wochen nach Baustellenbeginn noch nachgesteuert habe. Informationsschilder in verschiedenen Größen gebe es an den Bushaltestellen sowie am Bahnhof.

Herr Wenk, stellvertretendes beratendes Mitglied auf Vorschlag des ADFC, weist auf die Parksituation an den Reeperbahnen hin, durch die der ÖPNV behindert werde.

Erster Stadtrat Moßmann sichert zu, dass sich der Bereich Ordnung und Verkehr diese Situation vor Ort anschauen und entsprechende Maßnahmen ergreifen werde.

Herr Meyer, stellvertretendes beratendes Mitglied auf Vorschlag des LCM, lobt insbesondere die schnelle Fertigstellung der Baumaßnahme in der Wallstraße. Er hebt jedoch die Umsatzeinbußen des Handels während der Baumaßnahmen hervor und betont die Wichtigkeit, den Platz Am Sande wieder komplett zu öffnen und erreichbar zu machen.

Erster Stadtrat Moßmann bemerkt, dass Umsatzeinbußen evtl. auch auf andere Umstände zurückzuführen seien. Er nehme die Sorgen des Innenstadthandels aber ernst und setze sich daher mit Nachdruck für eine schnellstmögliche Fertigstellung der Baumaßnahme an der Roten Straße ein.

Ratsherr Schultz fragt nach den Fortschritten der Baumaßnahme in der Ritterstraße. Es wird auf die Ausschussitzung am 12.09.2024 verwiesen, bei der dieses Thema im Rahmen einer Einwohnendenfrage behandelt wird.

zu 7 Fortschritt bei der Umsetzung von Rotmarkierungen an Kreuzungen
Vorlage: VO/11425/24

Herr Hagmaier, Leitung des Bereiches 35 – Mobilität –, informiert über den Fortschritt bei der Umsetzung von Rotmarkierungen an Kreuzungen. Er verweist hierzu auf die Vorlage VO/11425/24 und den dazugehörigen Anhang. Seine Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folien 13-14).

Ratsherr Blanck möchte wissen, wie lange eine Markierung hält.

Herr Hagmaier antwortet, dass die Markierung aus einer Dickschichtmarkierungsmasse besteht, die bisher gut halte. Nichtsdestotrotz werde auf den Hauptverkehrsverbindungen mit einem allmählichen Abrieb gerechnet. Die Unterhaltung sei jedoch eingeplant.

Herr Wenk, stellvertretendes beratendes Mitglied auf Vorschlag des ADFC, kritisiert die verschwundene Markierung des Radweges auf der Altenbrückertorstraße. Dadurch gebe es Konflikte zwischen dem Fuß- und dem Radverkehr, da die verschiedenen Verkehrsbereiche nicht zu erkennen seien. Er wünsche sich auch in diesem Bereich eine deutliche Markierung. Außerdem möchte er wissen, warum die Fahrradpiktogramme in unterschiedlicher Ausrichtung auf den Furten markiert wurden.

Herr Hagmaier erklärt, dass die Ausrichtung der Piktogramme u.a. abhängig von der Lage im Straßenraum und von dem Abstand zu Kfz-Haltelinien sei. Die Situation auf der Altenbrückertorstraße werde er noch einmal in die verwaltungsinterne Abstimmung bringen. Hier gebe es keine Unfallhäufungsstelle, deshalb habe eine mögliche Maßnahme zunächst keine Priorität.

Ratsherr Schultz begrüßt die Rotmarkierungen und plädiert insgesamt jedoch für eine schnellere Umsetzung von Maßnahmen für den Radverkehr.

zu 8 Zusammenfassung der Ergebnisse des Bürgerrates zur gemeinsamen Verkehrswende in Stadt und Land des Bundesministeriums für Bildung und Forschung
Vorlage: VO/11426/24

Herr Hagmaier, Leitung des Bereiches 35 – Mobilität –, verweist auch auf die ausführliche Vorlage. Seine Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folien 15-16). Er schlägt eine Brücke vom Bürgerrat zum Lüneburger NUMP und stellt Themenüberschneidungen dar.

Ratsherr Soldan fragt in Bezug auf die strikte Trennung der Mobilität im ländlichen und im städtischen Raum, wo Lüneburg hier zu verorten sei.

Herr Hagmaier führt aus, dass Lüneburg sowohl Charakteristika eines urbanen, aber auch eines ländlicheren Verkehrsraumes besitze. Lüneburg zeige, insbesondere in der Einbettung in den Landkreis, die spezifischen Herausforderungen eines sogenannten Verflechtungsraumes.

Herr Wenk, stellvertretendes beratendes Mitglied auf Vorschlag des ADFC, betont insbesondere zwei Aspekte aus dem vorgelegten Bericht, die auch für den ADFC sehr bedeutsam seien und die er insbesondere an die Ratsmitglieder adressiere. Dies seien einmal die Forderungen nach Verteilung der Flächen zugunsten der aktiven Mobilität und zum anderen die Forderung, Kfz-Spuren und Parkflächen einer anderen Nutzung zugänglich zu machen.

zu 9 Umsetzung der Maßnahmenvorschläge des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplans (NUMP)
Vorlage: VO/11412/24

Ausschussvorsitzende Redenius begrüßt Herrn Steinberg und Herrn Reichert von der Planersocietät.

Herr Hagmaier, Leitung des Bereiches 35 – Mobilität –, gibt eine kurze Einleitung mit der Genese des NUMPs. Seine Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folien 17-19).

Frau Brandt, Bereich 35 – Mobilität –, setzt mit einem Überblick über die Funktion des NUMPs und den Zeitplan fort. Ihre Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folien 20-21).

Herr Steinberg stellt anschließend die Maßnahmenvorschläge des NUMP vor. Seine Präsentation ist als Anlage im digitalen Informationssystem hinterlegt (Folien 22-44).

Ratsherr Soldan fragt nach dem angesprochenen Handlungskonzept und möchte wissen, von wem dieses erarbeitet werden soll. Herr Steinberg berichtet, dass ein Handlungskonzept durch die Planersocietät in enger Abstimmung mit der Verwaltung erstellt werde.

Weiter erkundigt sich Ratsherr Soldan, ob auch die Auswirkungen der einzelnen Maßnahmen für die Ziele des NUMP untersucht würden. Herr Steinberg entgegnet, dass es ein Evaluationskonzept geben werde, an dem die Evaluationsmethodik zu den einzelnen Maßnahmen hervorgehen würde. Auf dieser Grundlage könnten einzelne Maßnahmen dann kontinuierlich überprüft und ggfs. angepasst und fortgeschrieben werden.

Ratsherr Soldan hebt hervor, dass bei der Umsetzung einiger Maßnahmen hohe finanzielle Mittel eingesetzt werden müssten, so dass er es für wichtig halte, die Erfolgsaussichten konkret im Vorfeld abzuschätzen. Herr Steinberg erklärt daraufhin, dass dies nicht immer möglich sei, es jedoch das Mittel der zeitlich begrenzten Verkehrsversuche gebe. So könnten gerade kostenintensive Maßnahmen auf ihre Folgen hin untersucht werden, bevor sie dauerhaft umgesetzt würden. Eine fachlich fundierte Abwägung erfolge aber für jede der Maßnahmen.

Zu vielen der vorgeschlagenen Maßnahmen seien vorgeschaltete Konzepte oder Gutachten genannt, so dass Ratsherr Soldan fragt, wer diese erstellen werde. Nach Herrn Steinberg könne die Verwaltung selbst einen großen Teil dieser Konzepte oder Gutachten erarbeiten. Nur in wenigen Fällen halte er eine Beauftragung eines Planungsbüros für angebracht. Die bisher durch die Planersocietät erhobenen Daten stünden der Verwaltung auch nach Beendigung des NUMP vollumfänglich zur Verfügung.

Ratsherr Soldan spricht an, dass in dem Papier der Planersocietät auch Maßnahmen genannt seien, die entweder schon bekannt (z.B. Radabstellanlagen) oder aber in Lüneburg gescheitert (z.B. Citylogistik) wären. Die Beschäftigung hiermit würde seiner Meinung nach unnötig Kapazitäten binden. Herr Steinberg entgegnet, dass der Zeithorizont für den NUMP etwa 10-15 Jahre umfasse. Es sei durchaus nicht ausgeschlossen, dass sich in diesem Zeitraum Lösungen auch für ältere Fragestellungen finden ließen. Er weist in diesem Zusammenhang auch auf mögliche Weiterentwicklungen hin. Sogenannte Standardmaßnahmen gehörten seiner Meinung nach auch in den Katalog, da diese in den Beteiligungsprozessen immer wieder genannt worden seien.

Ratsherr Soldan meint, dass die Empfehlungen der Planersocietät auch Begehrlichkeiten wecken würden und bittet um Auskunft, welche Erfahrungen die Planersocietät hierzu habe und wie die Stadt damit am besten umgehen könne. Herr Steinberg hält eine transparente Kommunikation und einen offenen Umgang auch mit kritischen Themen für essentiell.

Ausschussvorsitzende Redenius spricht die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen an. Herr Hagmaier entgegnet, dass abhängig von einer eindeutigen Beschlussfassung in der heutigen Sitzung bereits zur nächsten regulären Sitzung des Mobilitätsausschusses vonseiten der Verwaltung ein Ausblick zu einigen Themen gegeben werden könnte.

Ratsherr Heerbeck fragt im Hinblick auf Kunden und Touristen, die mit dem Kfz nach Lüneburg kommen, in welcher Weise die Infrastruktur für den motorisierten Individualverkehr verbessert werden könne. Herr Steinberg antwortet, dass die Zielsetzung des NUMP nicht primär den Kfz-Verkehr im Blick habe, sondern eher den Umweltverbund. Hierdurch könne eine verbesserte Erreichbarkeit und Aufenthaltsqualität der Innenstadt erzielt werden.

Ratsherr Schultz verweist auf den Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 1993, der NUMP schreibe diesen seiner Meinung nach fort. Hierzu möchte er wissen, wonach sich die Prioritäten der Maßnahmen richten würden. Er erwähnt die finanziell schwierige Situation der Stadt und fragt, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen überhaupt realistisch seien. Er wünsche sich eine konkrete Finanzplanung.

Herr Steinberg bemerkt zu den Prioritäten, dass diese sich nach der (finanziellen) Leistungsfähigkeit unter Hinzuziehung möglicher Fördermittel und der Dringlichkeit der Themen richten würden. Was dann wirklich umgesetzt werde, sei auch von der politischen Willensbildung abhängig.

Erster Stadtrat Moßmann betont noch einmal die Wichtigkeit der Wünsche der Stadtgesellschaft und deren Würdigung durch die kommunalpolitischen Akteure. Insbesondere das Thema der Verkehrsberuhigung werde immer wieder an die Verwaltung herangetragen.

Herr Hagmaier erwähnt ausdrücklich die ganzheitliche Betrachtungsweise des NUMP. Hier sei ein ganzes Bündel von Konzepten integriert. Bisherige Konzepte, z.B. Radverkehrsstrategie, Klimaentscheid, würden nur einen Teilausschnitt abbilden. Zu den Kosten gebe es in den Steckbriefen mindestens Kostenindikationen. Der NUMP liefere in keinem Fall eine Detailplanung, sondern beschreibe eine entsprechend konkretisierte Richtung, die Lüneburg in Bezug auf die Verkehrswende anstrebe.

Ratsherr Blanck hebt hervor, dass er sich zum NUMP eine ideologiefreie Diskussion wünsche. Das Ziel solle eine lebenswerte, schöne und gesunde Stadt sein und die Maßnahmen sollten der Mehrheit der Einwohner*innen dienen. Der Nutzen einiger Maßnahmen könne vielleicht nicht genau oder gar nicht beziffert werden, trotzdem seien sie sinnvoll.

Ratsherr Soldan bemerkt, dass in den Steckbriefen Bezug genommen werde auf das Mobilitätsgutachten des Landkreises, das jedoch noch nicht veröffentlicht sei. Er möchte zudem wissen, ob für die Umsetzung der Maßnahmen schon Geld im Haushaltsplanentwurf veranschlagt sei.

Erster Stadtrat Moßmann entgegnet, dass sich NUMP-bezogene Haushaltspositionen momentan in der verwaltungsinternen Abstimmung befinden. Das Dezernat III werde entsprechende Vorschläge für den Haushalt machen.

Zum Mobilitätsgutachten stehe die Verwaltung beständig im Austausch mit dem Landkreis.

Herr Steinberg legt dar, dass unabhängig vom Mobilitätsgutachten Stadt und Landkreis eng in Fragen des ÖPNV zusammenarbeiten. Der Steckbrief zum ÖPNV stelle Maßnahmen vor, die auch durch die Stadt umgesetzt werden können, ohne die Ergebnisse des Mobilitätsgutachten abwarten zu müssen.

Herr Hagmaier ergänzt, dass es regelmäßige Arbeitstreffen zwischen Stadt und Landkreis gebe, in denen gegenseitig über das Fortkommen von NUMP und Mobilitätsgutachten berichtet werde. Die Stadt vertrete eine klare Forderungshaltung gegenüber dem Landkreis hinsichtlich des ÖPNV.

Herr Siewert, stellvertretendes beratendes Mitglied auf Vorschlag der IHK, zeigt sich ernüchert und enttäuscht über die Maßnahmensteckbriefe. Die Belange der Gewerbetreibenden und der Innenstadt-Wirtschaft sehe er nicht ausreichend berücksichtigt. Er halte z.B. die Erhaltung der innenstadtnahen Kurzzeitparkplätze für wichtig und kritisiere die vorgeschlagene Maßnahme der Modalfilter.

Erster Stadtrat Moßmann verdeutlicht, dass die vorgeschlagenen Modalfilter nicht den Verkehr insgesamt aus der Innenstadt verbannen sollen, sondern ausschließlich den unberechtigten Verkehr. Gewerbetreibende, Lieferverkehr, ÖPNV, Rettungswesen, Müllabfuhr, Anwohnende und sonst Berechtigten sollen auch weiterhin mit dem Kfz die Innenstadt befahren können.

Ratsherr Schultz teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Änderungsantrag der FDP folgen werde.

Ratsherr Soldan führt zu seinem Änderungsantrag aus.

Herr Meyer, stellvertretendes beratendes Mitglied auf Vorschlag des LCM, pflichtet Herrn Siewert bei. Er betont die Wichtigkeit Lüneburgs als Oberzentrum und verweist noch einmal auf den Forderungskatalog des LCM. Er empfehle, den vorgelegten Maßnahmenkatalog nicht zu beschließen.

Ratsherr Neumann befürwortet die Aussagen von Herrn Siewert und Herrn Meyer. Ein Verkehrskonzept dürfe nicht einseitig ein Verkehrsmittel präferieren, er müsse zudem ideologiefrei sein.

Herr Hagmaier ordnet die vorgestellten Maßnahmensteckbriefe in den Prozess des NUMP ein und verweist auf die breite Beteiligung durch den NUMP-Beirat, in dem auch die Ratsfraktionen sowie Gewerbevertreter mitwirkten. Die Verwaltung werde jede der Maßnahmen auf Nutzen, Umsetzbarkeit und sinnvolle Einbindung prüfen.

Ratsherr Heerbeck erklärt, dass die CDU-Fraktion den Änderungsantrag der FDP unterstützen werde.

Ratsherr Blanck wirft ein, dass der Mobilitätsausschuss kein beschließender, sondern nur ein beratender Ausschuss sei. Er empfehle der Verwaltung, den Beschlussvorschlag in der Vorlage unter Berücksichtigung des Änderungsantrages der FDP für den Verwaltungsausschuss zu überarbeiten.

Frau Beckfeldt, stellvertretendes beratendes Mitglied auf Vorschlag des AStA, erklärt, dass sich der AStA eine klimagerechte und inklusive Mobilität wünsche. Sie halte die vorgeschlagenen Maßnahmen in den Steckbriefen für erste, wichtige Schritte in die richtige Richtung.

Erster Stadtrat Moßmann nimmt Stellung in Bezug auf den Änderungsantrag der FDP und den Vorschlag des Ratsherren Blanck. Er bietet an, dass ein geänderter Beschlussvorschlag, in dem die Kritikpunkte des Änderungsantrages der FDP aufgegriffen werden, für die nächste Sitzung des Verwaltungsausschusses erarbeitet werde.

Ratsherr Soldan sagt ausdrücklich, dass der Änderungsantrag der FDP bestehen bleibe und er fordere eine entsprechende Abstimmung.

Erster Stadtrat Moßmann weist auf die Beratungsfolge der Vorlage hin. Im Hinblick auf die Parkraumbewirtschaftung, die am 12.09.2024 im Mobilitätsausschuss vorberaten werde und dann über den Verwaltungsausschuss in den Rat weitergeleitet werde, würden die Maßnahmenvorschläge des NUMP erst im Oktober 2024 weiter beraten.

Ratsherr Blanck stellt folgenden Änderungsantrag: Die Verwaltung wird beauftragt, unter Einbeziehung des Änderungsantrages der FDP eine modifizierte Beschlussvorlage für den Verwaltungsausschuss vorzulegen.

Der Ausschuss für Mobilität stimmt diesem Änderungsantrag mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5

Nein-Stimmen: 4

Enthaltungen: 0

Ratsherr Soldan gibt zu Protokoll, dass sich die FDP gegen diesen Änderungsantrag des Ratsherren Blanck ausspreche.

Den Änderungsantrag der FDP lehnt der Ausschuss für Mobilität mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 4

Nein-Stimmen: 5

Enthaltungen: 0

Ratsherr Soldan gibt zu Protokoll, dass die FDP für den Änderungsantrag der FDP stimmen würde.

**zu 10 Antrag "Verbesserung der Verkehrssituation in der Salzstraße" (Antrag des VCD und des Behindertenbeirates vom 17.08.2024, eingegangen 17.08.2024)
Vorlage: VO/11430/24**

Herr Korn, stellvertretendes beratendes Mitglied auf Vorschlag des VCD, erläutert seinen Antrag.

Zum Antrag des VCD und des Behindertenbeitrages bringt die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen folgenden Änderungsantrag ein:

„Wir beantragen für die Salzstraße die Ausarbeitung eines Vorschlags, wie die Verkehrssituation vor Ort verbessert werden kann. Hierbei sollen die verschiedenen lokalen Interessen, aber auch der NUMP und der Fahrradring berücksichtigt werden.“

Herr Wenk, stellvertretendes beratendes Mitglied auf Vorschlag des ADFC, zeigt sich nicht einverstanden mit der Antwort der Verwaltung.

Ratsherr Schultz stellt daraufhin den Antrag, den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen um Punkt 5 („unbefugtes Durchfahren durch Kraftfahrzeuge verhindern“) des ursprünglichen Antrags des VCD und des Behindertenbeirates zu erweitern.

Der Ausschuss für Mobilität stimmt diesem erweiterten Änderungsantrag des Ratsherren Schultz einstimmig zu.

Der VCD und der Behindertenbeirat ziehen daraufhin ihren Antrag zurück.

Abstimmungsergebnis (bei insgesamt acht anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern):

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

**zu 11 Anfrage "Optimierung des Radverkehrsflusses Im Bereich Jägerstraße /Am Grasweg /Süldenweg /Bögelstraße" (Anfrage AStA vom 26.08.2024, eingegangen 27.08.2024)
Vorlage: VO/11440/24**

Frau Beckfeldt, stellvertretendes beratendes Mitglied auf Vorschlag des AStA, erläutert die Anfrage.

Herr Hagmaier, Leitung des Bereiches 35 – Mobilität –, verweist auf die schriftliche Antwort der Verwaltung.

Frau Beckfeldt fragt ergänzend, ob eine Priorisierung des Fuß- und Radverkehrs außerhalb der Hauptverkehrszeiten möglich wäre. Herr Hagmaier antwortet, dass dies grundsätzlich technisch möglich, jedoch sehr kostenintensiv wäre. Zusätzlich müsste das Fuß- und Radverkehrsaufkommen gerade in den Randzeiten so groß sein, dass eine Priorisierung erforderlich sei. Die Straßenverkehrsbehörde werde zu diesem Knotenpunkt in den Austausch mit der Polizeiinspektion gehen.

**zu 12 Anfrage "Einrichtung von sicheren Fahrradabstellanlagen im Stadtgebiet" (Anfrage des VCD vom 26.08.2024, eingegangen am 27.08.2024)
Vorlage: VO/11445/24**

Herr Korn, stellvertretendes beratendes Mitglied auf Vorschlag des VCD, bittet zusätzlich zur Antwort der Verwaltung um Auskunft, ob zur besseren Sichtbarkeit von sicheren Fahrradabstellanlagen evtl. Piktogramme aufgebracht werden könnten.

Herr Hagmaier, Leitung des Bereiches 35 – Mobilität –, entgegnet, dass die Aufbringung von Zeichen und Piktogrammen im Verkehrsraum Reglementierungen durch die StVO unterworfen seien. Er prüfe aber gerne noch einmal, ob die Hinweise an den Fahrradboxen selbst verbessert werden können.

**zu 13 Antrag "Abschaffung der Bettelampeln" (Antrag des VCD vom 26.08.2024, eingegangen 27.08.2024)
Vorlage: VO/11444/24**

Herr Korn, stellvertretendes beratendes Mitglied auf Vorschlag des VCD, erläutert den Antrag.

Herr Hagmaier, Leitung des Bereiches 35 – Mobilität –, sieht im Rahmen des laufenden Geschäftes der Verwaltung die Möglichkeit, erste Knotenpunkte entsprechend dem Antrag anzupassen. Er weist jedoch auch auf die dafür erforderlichen Kosten. Er halte das Anliegen des VCD für wichtig und betont, dass sich dieses auch im Maßnahmenkatalog des NUMP wiederfinde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität stimmt dem Antrag des VCD vom 26.08.2024 einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis (bei acht anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern):

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 3

zu 14 Anfragen im öffentlichen Teil

Ratsherr Schultz berichtet von oft falsch abgestellten Stadträdern. Er möchte wissen, ob nachzuvollziehen sei, wer StadtRÄDer falsch abstelle und ob ein Bußgeld aufgrunddessen fällig werde.

Herr Hagmaier, Herr Hagmaier, Leitung des Bereiches 35 – Mobilität –, antwortet, dass der DB Connect bekannt ist, wer ein StadtRAD außerhalb einer Station abstelle. Hierfür werde in der Regel ein Bußgeld von mind. 50,00€ fällig. Falsch abgestellte Räder können unter der Mailadresse found@calla-bike.de an die DB Connect gemeldet werden.

Ratsherr Lühmann bittet um Auskunft, wie sich der Sachstand zum Radspeicher darstelle.

Erster Stadtrat Moßmann erklärt, dass er sich im kontinuierlichen Austausch mit Herrn Meyners befinde. Ein Angebot für eine Vergitterung sowie eine Darstellung eines möglichen Zugangssystems werden für die Erstellung eines Leistungsverzeichnisses herangezogen, allerdings sei die Finanzierung noch nicht abschließend geklärt.

Herr Wenk, stellvertretendes beratendes Mitglied auf Vorschlag des ADFC, bemerkt, dass im Mängelmelder der Stadt immer wieder um den Grünrückschnitt an Radwegen gebeten wird. Er schlägt vor, dass die AGL die Radwege regelmäßig abfährt und dafür sorgt, dass keine Radwege zugewuchert werden.

Erster Stadtrat Moßmann nimmt diese Anregung mit in den Austausch mit der Geschäftsführung der AGL, weist jedoch auch daraufhin, dass je nach Eigentumsverhältnis auch Privateigentümer zum Rückschnitt an Geh- und Radwegen verpflichtet sein können.